

# Auf dem Weg zur globalisierten Dienstleistungshochschule – Studierendenproteste in Berlin und an der FU 1998-2003

Ralf Hoffrogge (2008)

<sup>1</sup> 2010 schied Lenzen vorzeitig aus dem Amt des FU-Präsidenten und wurde Präsident der Universität Hamburg [Anmerkung der FU70-Redation].

Mit dem Abbröckeln des bundesweiten Streiks Anfang 1998 und der 50-Jahr-Feier im Dezember desselben Jahres war die FU Berlin keinesfalls befriedet. Im Laufe der folgenden zehn Jahre äußerten Studierende immer wieder ihren Unmut in Vollversammlungen, Protesten und Streiks. Gründe gab es genug. Hatte sich die FU bei der Gründung 1948 und noch einmal in den 60er Jahren als Vorreiterin demokratischer Studienreformen gezeigt, so wandelte sie sich seit Mitte der 90er zum Modellprojekt eines autoritären Neoliberalismus. 2006 wurde die FU zur „unternehmerischsten Hochschule Deutschlands“ gewählt, seit 2007 gehört sie zum erlauchten Kreis der „Elite-Universitäten“. Die Hochschule, so das neue Dogma, ist ein Akteur unter vielen am Bildungsmarkt. Sie bietet eine Dienstleistung an, wirbt um MitarbeiterInnen und KundInnen, ihre Beziehungen zur Gesellschaft sind waren- und marktförmig. Intern ist sie unternehmerisch und effizient, also antidemokratisch strukturiert.

Insbesondere die Präsidenten Peter Gaegtens (1999-2003) und Dieter Lenzen (ab 2003<sup>1</sup>) haben diese Entwicklung vorangetrieben. Ihre Stoßrichtung war nicht völlig neu, bereits seit den 80er Jahren sind Grundzüge erkennbar. Insbesondere mit der durch den Bologna-Prozess erzwungenen Einführung des Bachelor/Master-Systems hat sich die Verbetriebswirtschaftlichung der Hochschulen jedoch enorm beschleunigt. Es ist daher keine Übertreibung zu behaupten, dass in den letzten zehn Jahren die radikalste Hochschulreform in der Geschichte der BRD stattgefunden hat, in ihrem Ausmaß vergleichbar einzig mit den Umwälzungen im Gefolge des Jahres 1968 und

der Abwicklung des DDR-Hochschulsystems.

Studentische Proteste haben diesen Wandel an der FU in den letzten zehn Jahren stets begleitet, konnten ihn jedoch nicht aufhalten. Zwar gelang mit der Verhinderung von Studiengebühren im Streik 2003/04 ein durchschlagender Erfolg. In allen anderen Bereichen hat sich die FU-Leitung jedoch durchgesetzt und nicht nur die FU bis zur Unkenntlichkeit „reformiert“, sondern auch Maßstäbe gesetzt für die bundesweite Entwicklung.

## Winter 2000/2001 – Rettet das OSI

Nach einer von mehreren tausend Studierenden besuchten Anti-Studiengebühren-Demo im Sommer 2000 wurde das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft im Wintersemester 2000/2001 zum Zentrum studentischer Proteste an der FU. Eine überwiegend von AktivistInnen im Grundstudium getragene Bewegung wandte sich gegen massive Kürzungspläne und die Umstrukturierung des Studiums im Rahmen der am OSI frühzeitig angestrebten „Modularisierung“. Professorale „Modernisierer“ in den Gremien weigern sich jedoch, auf studentische Reformvorschläge einzugehen, und stimmen ihre Konzepte durch. Die Proteste gipfeln in einer Institutsbesetzung und einem Polizei-Großeinsatz, die Besetzung wurde schließlich durch die Studierenden gewaltlos beendet.

Neben einer Ablehnung der Kürzungen wurde 2001 explizit der Erhalt kritischer Wissenschaft am Institut gefordert. Durch erfolgreiche Mobilisation in den folgenden Semestern gelang es, das Diplomstudium neben BA und MA zu erhalten, allerdings mit modularisierter und ver-

schulter Studienordnung. Im Sommer 2008 trifft dann verspätet ein, was viele schon sieben Jahre zuvor befürchtet hatten: Die Abschaffung des Diploms steht erneut auf der Tagesordnung. Ob sie ein weiteres mal verhindert werden kann, ist ungewiss.

### **2001/2002 – Rasterfahndung und Zwangsexmatrikulationen**

Eine von den Berliner Universitätspräsidenten geplante Kündigung des Tarifvertrages für die studentischen Beschäftigten scheiterte nur an einem Veto des Berliner Senates. In den Sommersemesterferien 2001 konnte eine im Akademischen Senat vorgelegte Regelung zur Zwangsexmatrikulation durch ein studentisches Gruppenveto nur aufgeschoben werden, nach den Ferien wurde die Regelung beschlossen und trat 2002 in Kraft. Abgesichert wurde dies durch eine Änderung des Berliner Hochschulgesetzes, durchgeführt vom frisch angetretenen rot-roten Senat. Damit war die ursprüngliche Regelung zur Zwangsberatung entscheidend verschärft worden. Langzeitstudierenden, die „Auflagen“ seitens der Universität nicht erfüllten, drohte nun der Rauswurf. Gleichzeitig wurden im Wintersemester 2001/2002 erste Forderungen nach Abschaffung des Projektstudienprogramms laut.

Nach dem 11. September 2001 folgte im Rahmen der Anti-Terror-Hysterie ein bisher nie dagewesener Vorgang: Auf Anfrage des Bundeskriminalamtes (BKA) gab FU-Präsident Gaehtgens am 17.9.2001 ohne Gerichtsbeschluss und ohne Konsultation von Studierendenvertretern persönliche Daten ausländischer Studierender für eine Rasterfahndung an die Polizei heraus.

Am 22. November informierte der AStA FU auf einer Vollversammlung über diese Vorfälle, am 11. Dezember fand eine weitere VV mit über 1000 TeilnehmerInnen statt. Die Versammlung beschloss einen dreitägigen Streik und eine Beteiligung an auf EU-Ebene angekündigten SchülerInnen- und Studierendenprotesten. Als die Diskussionen der Arbeitsgruppen auch nach 22 Uhr nicht abgeschlossen sind, ließ die Universitätsleitung etwa 100 verbliebene TeilnehmerInnen in einem brutalen Polizeieinsatz aus der Silberlaube räumen. Trotz Absprachen mit der Universitätsleitung erfolgte am 12.12. 2001 ein weiterer Polizeieinsatz: Ein Streikkonzert im Mensa-Foyer wurde gewaltsam beendet, die Silberlaube erneut geräumt.

Die massive Repression und das nahende Semesterende führten zum Abbruch des Streiks, bevor dieser überhaupt richtig Breite gewinnen konnte. Die Rasterfahndung wurde 2002 vom Landgericht Berlin für unzulässig erklärt, das Urteil jedoch in nächster Instanz aufgehoben.

Im Sommersemester 2002 wurde schließlich das Projektstudienprogramm seitens der professoralen Mehrheit im Akademischen Senat ersatzlos gestrichen. Das Programm, das seit 1989 bezahlte studentische Lehre mit selbst gesetzten Inhalten ermöglichte, gehört damit der Geschichte an. AStA und StudierendenvertreterInnen protestierten, größerer Widerstand blieb jedoch aus.

### **Sommer 2003 – Kürzungen und Studienkonten statt Bildungsförderung**

Die 2002 im Gefolge des Bankenskandals an die Macht gekommene rot-rote Regierung geriet von studentischer

Seite schon bald in die Kritik. Im Wahlkampf versprach Gregor Gysi in einer Podiumsdiskussion an der FU noch die umgehende Ausfinanzierung mehrerer Tausend zusätzlicher Studienplätze, nach der Wahl war davon nichts mehr zu merken. Im Gegenteil: Statt Bildungsförderung kündigte der Senat eine neue Kürzungsrunde an den Berliner Hochschulen an, über 100 Mio. Euro sollten bis zum Jahr 2009 eingespart werden. Zusätzlich diskutierte die Koalition die Einführung von Langzeitstudiengebühren im Rahmen eines Studienkontenmodells.

Ende April und Anfang Mai 2003 fanden vom AStA einberufene Informationsveranstaltungen statt. Es folgten eine Protestkundgebung am 16. Mai vor dem Landespartei-tag der SPD und eine Berlin-weite Demonstration mit etwa 6000 TeilnehmerInnen, die gegen Bildungs- und Sozialabbau demonstrierten. Im Anschluss erfolgte eine Besetzung des Büros von SPD-Finanzsenator Sarrazin.

In den Protesten Mitte 2003 dominierten die im Rahmen der Hochschulverträge verhandelten Kürzungspläne. Weitere Diskussionen über anstehende Studienreformen wurden kaum geführt, trotz der bedrohlichen Pläne gelang zunächst keine Ausweitung des Protestes über das Sommerloch hinaus.

Eine in Berlin stattfindende Konferenz der europäischen BildungsministerInnen zur Koordination des Bologna-Prozesses sorgte allerdings im September noch einmal für Aktivität. AktivistInnen der Sommerproteste organisierten gemeinsam mit den Berliner ASten eine Gegendemo am 16.9.2003. Gleichzeitig fand unter dem Titel „European Education Forum“ (EEF) ein Gegengipfel mit studentischen und globalisierungskritischen AktivistInnen aus den europäischen Nachbarländern statt. Die Demonstration wurde ebenfalls überregional wahrgenommen und von einigen Hundert TeilnehmerInnen besucht, erreichte aber nicht mehr die Dimension der Sommerproteste. Die RednerInnen auf der Demo übten eine Grundsatzkritik am Bologna-Prozess: Dessen erklärtes Hauptziel sei die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Bildungsstandorte und eine reine Arbeitsmarktorientierung von Hochschulbildung.

Konflikte gab es im Vorfeld des EEF, weil der europäische studentische Dachverband ESIB sich nicht an den Protesten beteiligen, sondern gemeinsam mit den MinisterInnen im Hotel Hilton die Reformen „mitgestalten“ wollte. Der deutsche „Freie Zusammenschluss von Studierendenschaften“ (fzs) unterstützte diese Position. Die unkritische Haltung der studentischen Verbände gegenüber dem Gesamtprozess verhinderte damit eine Doppelstrategie aus Protesten im und vor dem Konferenzsaal. Im Rückblick läßt sich sagen, dass durch studentische Beteiligung die Auswirkungen des Bologna-Prozesses nicht abgemildert oder positiv beeinflusst werden konnten. Das „konstruktive“ Mitwirken erhöhte stattdessen die Legitimation der Reformen und schwächte die Position der KritikerInnen.

Das schnelle Abflauen der Sommerproteste 2003 erzeugte zunächst Frustration, auch Erschöpfung macht sich breit. An der FU waren im Winter 2003 keine Aktionen geplant. Erst als eine von unermüdeten AktivistInnen an der TU organisierte VV im November 2003 völlig unerwartet den Streik ausrief und es zeitgleich auch in Hessen zu brodeln begann, sprang der Funke erneut auf die FU über. Der Auftakt zum bundesweiten Streik 2003/2004 war gemacht.